



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Volkspartei warnt vor Chaos in der Zuwande- rungspolitik*

Mit heftiger Kritik und Unverständnis reagierte der PP auf die Ankündigung der Zapatero-Regierung, alle illegalen Einwanderer legalisieren zu wollen, die sich schon seit einiger Zeit in Spanien aufhalten und einen Arbeitsplatz nachweisen können. Die für Zuwanderungsfragen zuständige Staatssekretärin, Consuelo Rumí (PSOE), hatte angekündigt, illegale Einwanderer ohne Papiere vor Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung in die Sozialversicherungssysteme aufnehmen zu wollen. Arbeitgeber, die illegal Beschäftigte anmelden, sollen eine Amnestie erhalten. Nach Schätzungen der beiden großen Gewerkschaften CCOO und UGT könnten bis zu 800 Tausend Zuwanderer, die sich zur Zeit in illegalen Beschäftigungsverhältnissen befinden, von der neuen Regelung profitieren.

Vor einem Chaos in der Zuwanderungspolitik warnte spontan der designierte Vorsitzende der oppositionellen Volkspartei (PP), Mariano Rajoy, der von einem „folgenreichen Schnellschuß“ sprach. Die geplante Regelung sei zu un-



präzise formuliert und führe zu völliger Verwirrung, welcher Personenkreis überhaupt von der Initiative betroffen sei. Darüber hinaus sei durch die Ankündigung ein „Aufruf“ an alle potentiellen Zuwanderer erfolgt, möglichst rasch illegal oder über Touristenvisa in das Land einzureisen, um in den Genuß der neuen Regelung zu kommen. Bereits am Tag nach der Ankündigung der beabsichtigten Neuregelung bildeten sich lange Schlangen an den spanischen Konsulaten in Algerien und Marokko, um Touristenvisa zu beantragen. Hinzu wurde vor der Küste von Almeria, Granada und Malaga zahlreiche Boote mit hunderten von Flüchtlingen vorwiegend aus Marokko und anderen afrikanischen Staaten von der Polizei gestoppt. In diesem Jahr sind in Spanien bereits über 7.000 Flüchtlinge beim Versuch der illegalen Einreise festgenommen worden.

Anfang September will die Regierung ihre Pläne offiziell vorstellen, damit sie noch im Herbst im Parlament debattiert werden können.

>> **Spanische Regierung will den Senat nach Vorbild des Bundesrates reformieren**

Die Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) plant, den Senat nach dem Vorbild des Bundesrates in Deutschland zu reformieren. Demnach soll dem Senat künftig ein eingeschränktes Veto-recht im Gesetzgebungsverfahren zustehen, um die Interessen der einzelnen Regionen besser zu vertreten. Entsprechend soll eine einzige Autonome Region ihr Veto einlegen können, wenn sie in einer Gesetzesvorlage eine Verletzung ihrer Regionalinteressen erkennt. Hierzu gehören u.a. ihre Sprache, Kultur, ihre Insellage bzw. ihr Zivil- oder Partikularrecht. Zusätzlich sollen die Autonomien mittels Veto gegen Verstöße des „Solidaritätsprinzips“ beim Finanzausgleich klagen dürfen.

Der Fraktionsvorsitzende des PP im Senat, Pío García-Escudero, bezeichnete den Vorschlag der Regierung Zapatero als „Testballon, der die Verwirrung der gegenwärtigen Regierung im Hinblick auf die Senatsreform deutlich mache“. Solange der Senat keine echte Länderkammer sei, dürften die Regionen auch kein Veto besitzen. Zugleich warnte er jedoch vor einer direkten Übertragung des deutschen Bundesratsmodells, da dies in Spanien zu einer Situation ständiger Blockade der Zentralregie

rung durch die Regionen führen würde.

Die Senatsreform, die mit weitgehenden Verfassungsänderungen verbunden ist und damit eine Parlamentsauflösung erfordert, soll daher erst zum Ende der Legislaturperiode durchgeführt werden.

>> **PP-Liberale fordern „Rückkehr zur politischen Mitte“**

Mit der Neuwahl der Parteiführung auf dem Parteitag des PP Anfang Oktober fordert der liberale Flügel der Volkspartei eine „Rückkehr zur politischen Mitte“. Insbesondere in sozialen Fragen, u.a. in der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, der häuslichen Gewalt, Stammzellenforschung und Sterbehilfe, müsse sich der PP vom politischen Einfluß der katholischen Kirche lösen. Nur so könne sich die Partei politisch der Realität des gesellschaftlichen Wandels in Spanien stellen und damit die Wähler sowie die Jugend zurückgewinnen.

Auch wenn sich PP-Generalsekretär Mariano Rajoy hinsichtlich seiner künftigen Personalentscheidungen ausschweigt, so gehen Politikanalysten gegenwärtig davon aus, dass er, dem im Vergleich zu seinem Vorgänger José María Aznar ein eher liberaleres Politikverständnis nachgesagt wird, beabsichtigt, eine personalpolitisch ausgeglichene Parteiführung zu nomi

nieren. Ziel dieses ersten Parteitages der PP nach der verlorenen Wahl vom 14. März 2004 ist es, die Stärke und Geschlossenheit der Partei durch einen harmonischen Verlauf zu verdeutlichen. Entsprechend ist Rajoy bemüht, die unterschiedlichen Parteiflügel personell zu bedienen und mögliche Konfrontationen im Vorfeld des Parteitages zu vermeiden.

>> Kabinettsumbildung in Valencia soll den Führungsstreit innerhalb des PP endgültig beenden

Die Führungskrise innerhalb der Volkspartei in der Autonomen Region von Valencia will Regionalpräsident Francisco Camps (PP) durch eine umfassende Kabinettsumbildung vornehmen, um den seit Monaten andauernden Streit zwischen den Parteiflügeln zu beheben. Camps hat nun angekündigt, Vertreter der beiden Parteiflügel in sein Kabinett einzubinden, um die Auseinandersetzung um die Nachfolge des ehemaligen valenzianischen PP-Chefs Eduardo Zaplana endgültig zu beenden. Die oberste Parteiführung in Madrid hat ein Ende des politischen Machtkampfes in Valencia gefordert, um Dissonanzen auf dem PP-Parteitag Anfang Oktober zu vermeiden.

>> Manuel Fraga kündigt erneute Kandidatur in Galizien an

Der Gründungsvater der Volkspartei Manuel Fraga, seit 1989 Regionalpräsident von Galizien mit absoluter Mehrheit, will im Oktober 2005 zum fünften Mal bei Regionalwahlen antreten. Das 82jährige Parteiurgestein äußerte, „er strotze vor Kraft, um die Interessen Galiziens und Spaniens sein ganzes Leben lang zu verteidigen.“ PP-Generalsekretär Mariano Rajoy, selbst Galizier, bezeichnete ihn als „einen guten Kandidaten“ und segnete damit die Kandidatur Fragas ab. Rajoy hat hierdurch die parteiinterne Nachfolgediskussion in Galizien vorläufig abwenden können und dem PP-Parteitag eine weitere kritische Auseinandersetzung erspart. Die Sozialisten hingegen kritisierten die „Kandidatenkür“ als Zeichen des mangelnden Erneuerungswillens des PP.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Aussenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith
Sophie Seyfert
Design und Umsetzung:
Normann Kreuter
Postanschrift:
Paseo de la Castellana 167
28046 Madrid, España
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana

